



Antrag

der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, PIRATEN
und der Abgeordneten des SSW

Keine Genehmigung für Fracking in Schleswig-Holstein

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag Schleswig-Holstein lehnt Fracking zur Erschließung von unkonventionellen Vorkommen von Erdgas und Erdöl ab.

Die Landesregierung wird gebeten,

1. keine Genehmigungen für die Aufsuchung und Erkundung unkonventioneller Erdgas- und Erdöllagerstätten unter Einsatz von umweltgefährdenden Substanzen zu erteilen und alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um Fracking in Schleswig-Holstein zu verhindern,
2. sicherzustellen, dass der Schutz des Grundwassers in Schleswig-Holstein Vorrang vor allen Erkundungen des Erdreichs hat,
3. die betroffenen Bürgerinnen und Bürger rechtzeitig und umfassend über die Gefahren des Fracking aufzuklären sowie über konkrete Aufsuchungs- und Erkundungsvorhaben zu informieren,
4. bei jeder Form der Exploration und der Gewinnung von Erdöl und Erdgas in Schleswig-Holstein eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchführen zu lassen und sich im Bundesrat für eine verbindliche Umweltverträglichkeitsprüfung für alle Frackingvorhaben sowie ein bundesweites Verbot umweltgefährdender Substanzen bei Fracking und hydraulischer Stimulation einzusetzen.

Begründung:

In einem Gutachten für das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und das Umweltbundesamt von August 2012 wie auch in einem Gutachten für das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen von September 2012 wird auf die vielfältigen Risiken von Fracking hingewiesen. Aufgrund der Unkenntnis der genauen geologischen Gegebenheiten in möglichen Fördergebieten in Verbindung mit fehlendem Wissen über die verwendeten Zusätze sind langfristige negative Folgen durch Fracking nicht auszuschließen.

Heiner Rickers
und Fraktion

Olaf Schulze
und Fraktion

Detlef Matthiessen
und Fraktion

Oliver Kumbartzky
und Fraktion

Dr. Patrick Breyer
und Fraktion
SSW

Flemming Meyer
und die Abgeordneten des